

Parl. Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer

- (A) noch einmal an den Grundlagen gearbeitet. Die Überprüfung war ohnehin erforderlich.

Es gibt natürlich einen ständigen Dialog mit den Bundesländern. Aber das hat noch nichts mit der Erstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplans zu tun; denn im laufenden Verfahren besteht ohnehin ein enger Kontakt mit unseren Auftragsverwaltungen.

Wir befinden uns in einem sehr frühen Stadium der Erstellung der Basisdaten und der wissenschaftlichen Grundlagen. Natürlich wird der neue Bundesverkehrswegeplan vom derzeitigen Bundesverkehrswegeplan nicht völlig abgekoppelt sein. Es geht jetzt also um die Grundlagenarbeit. Erst danach, wenn man die Ergebnisse hat, wird darüber zu diskutieren sein, welche Ergebnisse man zur Basis für die Erstellung des Bundesverkehrswegeplans macht, welche Parameter man dort einzieht. Auch Ihre Fraktion hat mehrfach angemahnt, verschiedene neue Diskussionsfaktoren mit einzubeziehen. Das können wir in 2012 im offenen Verfahren im Fachausschuss diskutieren. Ich kann Sie also beruhigen: Das Verfahren ist momentan noch in einem sehr frühen Stadium. Das BMVBS arbeitet eher an den wissenschaftlichen und gutachterlichen Grundlagen als an irgendwelchen konkreten Projekten. Die konkreten Projekte sind im geltenden Bundesverkehrswegeplan eingestuft, und an diesen arbeiten wir jetzt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Die Frage 11 des Kollegen Kekeritz wird schriftlich beantwortet, ebenso die Fragen 12 und 13 der Kollegin Burchardt und die Fragen 14 und 15 des Kollegen Herzog.

Damit kommen wir nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Frage 16 des Kollegen Schwabe, die Frage 17 des Kollegen Miersch und die Frage 18 des Kollegen Ott werden schriftlich beantwortet.

Mündlich beantwortet wird die Frage 19 des Kollegen Ott:

Wer hat bislang über die Auswahl von Bewerbern für Stellen beim Sachverständigenrat für Umweltfragen, SRU, entschieden, und soll diese Praxis geändert werden?

Zur Beantwortung steht die Staatssekretärin Heinen-Esser zur Verfügung.

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Die Besetzung der bestehenden Stellen bei den Ratsmitgliedern und in der Geschäftsstelle des Sachverständigenrates für Umweltfragen erfolgt nach dem im Umweltbundesamt üblichen Stellenbesetzungsverfahren. Die Mitarbeiter werden dabei üblicherweise durch die fachlich involvierten Ratsmitglieder und den Generalsekretär ausgewählt. Die Berufung des Generalsekretärs erfolgt durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Vorschlag des Umweltbundesamtes, das das Votum des Sachverständigenrates berücksichtigt. Über die Besetzung der neuen

Planstelle kann erst nach Inkrafttreten des Haushalts 2012 entschieden werden. Dabei wird selbstverständlich das für die Besetzung von Planstellen der Geschäftsstelle des Sachverständigenrates für Umweltfragen übliche Verfahren zur Anwendung kommen. (C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie haben eine Nachfrage, Herr Ott. Bitte sehr.

Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, Frau Präsidentin. – Frau Staatssekretärin, vielen Dank. Hat denn die Bundesregierung eine Idee, wie dieser Vorgang zustande gekommen sein könnte? Es ist ja doch nicht ganz gewöhnlich, dass die Einrichtung, die mit einer solchen Stelle beglückt werden soll, gar nichts davon weiß und erst im Nachhinein davon erfährt, dass sie erst recht nicht eine solche Stelle beantragt hat und dass auch die führende nachgeordnete Behörde, nämlich in diesem Fall das Umweltbundesamt, weder einen solchen Bedarf angemeldet hat noch angemessen informiert wurde. Wie erklärt sich denn die Bundesregierung das Zustandekommen dieser Stelle?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Lieber Kollege Dr. Ott, das Thema haben wir ja heute Morgen auch schon im Umweltausschuss ausführlich diskutiert. Ich kann nur noch einmal sagen, dass diese Stelle in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses entstanden ist, als es auch um den Einzelplan 16 ging. Das war ein Vorschlag der Haushälter, also Ihrer Kolleginnen und Kollegen, und ist nicht vom Bundesumweltministerium eingebracht worden. (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Ott, haben Sie eine zweite Nachfrage? – Bitte sehr.

Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nun hat der Präsident des Sachverständigenrates, Professor Faulstich, ein Schreiben an Gisela Piltz und Hans-Peter Uhl – das sind anscheinend die zuständigen Mitglieder des Bundestages im Haushaltsausschuss – geschickt, in dem er seine Sicht der Dinge darlegt und auch nachfragt, wie das denn sein könne. Haben Sie einmal mit Hans-Peter Uhl, also dem Vertreter der CDU/CSU im Haushaltsausschuss, darüber geredet, wie er sich diesen Vorgang erklärt und warum er diesen Vorschlag eingebracht hat?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich glaube, Herr Dr. Ott, das ist wirklich eine Frage an die Mitglieder des Parlaments, die sich über diesen Vorschlag wohl verständigt und ihn eingebracht haben. Der Vorschlag wurde heute, wie ich gehört habe, auch im Innenausschuss beraten. Mein Kollege Uhl ist innenpoli-

Parl. Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser

- (A) tischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und eben Mitglied im Innenausschuss und nicht im Haushaltsausschuss.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Eine Nachfrage der Kollegin Höhn.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, Sie haben eben gesagt, dass dieser Vorschlag von Abgeordneten eingebracht worden ist – offensichtlich von Abgeordneten der beiden Koalitionsfraktionen, nicht von Abgeordneten der Opposition. Hält das Bundesumweltministerium diese Stelle denn für sinnvoll?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Die Parlamentarier haben den Wunsch formuliert und darüber abgestimmt, dass beim Sachverständigenrat eine solche Stelle eingerichtet werden soll. Wir beugen uns natürlich dem Wunsch und dem Willen der Parlamentarier in dieser Frage und werden nach Inkrafttreten des Haushalts das übliche Ausschreibungsverfahren starten.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Also beugen Sie sich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Die nächste Nachfrage kommt vom Kollegen Miersch.

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin, wir haben nun auch aufgrund der Sendung *Frontal 21* von einem koalitionsinternen Papier Kenntnis erlangt. Darin ist die Rede davon gewesen, dass die Zustimmung des Bundesumweltministers vor Beschlussfassung vorlag.

Insofern frage ich Sie hier, ob Sie dazu etwas sagen können. Gab es eine vorherige Kontaktaufnahme mit dem Bundesumweltminister, mit dem Bundesumweltministerium, diese Stelle einzurichten, oder war das tatsächlich ein Hauruck-Verfahren im Haushalt, bei dem es vorher überhaupt keine Kontaktaufnahme zwischen BMU, Bundesumweltminister, und den Koalitionsfraktionen gegeben hat?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Soweit ich weiß, Herr Kollege Dr. Miersch, ist der Bundesumweltminister bzw. das Bundesumweltministerium in der absoluten Schlussphase darüber informiert worden. Das Papier, um das es geht, habe ich mir wahrscheinlich ebenso wie Sie von der Homepage von *Frontal 21* heruntergeladen. Es enthält keinen Absender und keine Unterschrift. Wir wissen also nicht, von wem dieses Papier stammt. Das heißt, dass wir die Auffassungen, die dort – auch zu anderen Themen – geäußert werden, nicht teilen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Krischer, bitte.

(C)

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, Sie haben gerade von der „Schlussphase“ gesprochen, in der Ihr Haus von der Einrichtung dieser Stelle erfahren hat. Können Sie diese „Schlussphase“ zeitlich genauer definieren: wann genau das war, wann zum ersten Mal Ihr Haus darüber informiert wurde, dass geplant ist, eine solche Stelle einzurichten?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Das kann ich Ihnen exakt mit Datum und Uhrzeit nicht sagen, liefere ich aber gerne nach. Das wird in der oder um die Bereinigungssitzung herum der Fall gewesen sein; denn wie Sie wissen, ist in dem Regierungsentwurf, den wir in den Haushaltsausschuss eingebracht haben, eine solche Stelle nicht enthalten.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die letzte Frage dazu ist eine Frage der Kollegin Bulling-Schröter.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Danke schön. – Frau Staatssekretärin, ist es denn üblich, dass Gremien oder Ausschüsse Stellen genehmigt bekommen, die sie gar nicht beantragen und deren Vorsitzende davon auch nichts wissen?

(D)

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Bulling-Schröter, ich kann mir vorstellen, dass das schon einmal vorkommt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann das aus meiner eigenen parlamentarischen Erfahrung nicht nachvollziehen; aber es war explizit der Wunsch des Parlaments, eine solche Stelle einzurichten. Diese Frage müssten Sie also an Ihre Kolleginnen und Kollegen richten.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen zur Frage 20 der Kollegin Höhn:

Soll die neue B-4-Stelle beim SRU ausgeschrieben werden, oder beabsichtigt die Bundesregierung, die Stelle ohne Ausschreibung zu besetzen?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Höhn, ich kann Ihnen sehr klar sagen, dass selbstverständlich beabsichtigt ist, die Funktion öffentlich auszuschreiben.

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Höhn, Sie haben eine Nachfrage.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, es gibt schon eine Stelle beim Sachverständigenrat für Umweltfragen, nämlich die Stelle des Generalsekretärs, der die notwendigen Arbeiten erledigt. Soll es daneben jetzt eine Direktorenstelle geben? Was ist dann die Aufgabe des Generalsekretärs? Was ist die Aufgabe des Direktors? Ist es angemessen und erforderlich, dafür eine zusätzliche B-4-Stelle einzurichten?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Auch diese Fragen bitte ich an die Kolleginnen und Kollegen zu richten, die die Stelle im Rahmen der Bereinigungssitzung eingeführt haben.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das scheint mir eine Frühstücksdirektorenstelle zu werden! Für die FDP-Leute!)

Ich verweise auf die Begründung zur Einrichtung der Stelle. Darin heißt es, dass umweltpolitische Fragestellungen in den letzten Jahren sowohl national als auch international zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Um die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung auszubauen sowie zur Stärkung der beratenden Funktionen des Sachverständigenrates gegenüber dem Deutschen Bundestag und seinen Gremien werde das Amt eines Direktors beim Sachverständigenrat für Umweltfragen geschaffen.

(B)

Wir werden uns selbstverständlich, wenn es um die Ausschreibung dieser Stelle geht, sowohl mit dem Sachverständigenrat als auch mit dem Umweltbundesamt, das die Ausschreibung durchführen wird, über all diese Fragen, die Sie gerade aufgeworfen haben, verständigen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie haben eine zweite Nachfrage. Bitte sehr.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, ich habe eine zweite Nachfrage. Es gibt beim UBA die Stelle des stellvertretenden Leiters. Das ist eine B-4-Stelle. Auch hier reden wir über eine B-4-Stelle. Können Sie sagen, wie viele Mitarbeiter der stellvertretende Leiter des UBA in seinem Bereich hat? Ich glaube, es sind mehrere Hundert. Im SRU gibt es 24 Mitarbeiter. Ist es im Verhältnis zu dem, was andere im Regierungsapparat für B 4 tun müssen, angemessen, beim SRU die Stelle eines Frühstücksdirektors mit 24 Mitarbeitern zu schaffen?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sehr geehrte Frau Kollegin Höhn, ich bitte Sie, auch diese Frage den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss zu stellen, die der Auffassung waren, dass der

Sachverständigenrat auch im wissenschaftlichen Bereich noch Unterstützung bedarf, und sich deshalb dafür ausgesprochen haben, dort eine B-4-Stelle einzurichten. **(C)**

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Ott.

Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn es denn nur ein Frühstücksdirektor wäre!

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das hat Ihre Kollegin gesagt!)

Unsere Vermutung ist, dass dort erheblich Einfluss genommen werden soll.

Meine Frage an Sie, Frau Kollegin Heinen-Esser: Wie viele Fälle sind Ihnen mit Ihrer beträchtlichen Verwaltungserfahrung und Legislativerfahrung bekannt, in denen eine Stelle in einer nachgeordneten Institution am Haus vorbei, am Ministerium vorbei und an der nachgeordneten Behörde vorbei durch den Deutschen Bundestag eingerichtet worden ist?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe gefragt, wie viele Ihnen bekannt sind!)

(D)

Mir persönlich ist das nicht bekannt. Ich bin allerdings auch nicht Mitglied des Haushaltsausschusses und habe daher keinen Überblick darüber, was in anderen Häusern üblich ist.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Miersch.

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Mich interessiert in diesem Zusammenhang noch einmal die Schlussphase, von der Sie gesprochen haben und die wir nicht genau datieren können. Ich habe dem Vermerk von *Frontal 21* bzw. der Reaktion des Bundesumweltministers entnommen, dass seine Zustimmung nicht vorgelegen hat. Haben Sie Kenntnis darüber, ob der Bundesumweltminister unter Umständen in der Schlussphase diesem Stellenvorschlag zugestimmt hat oder ob er sogar interveniert und auf andere Stellenpotenziale oder Notwendigkeiten hingewiesen hat bzw. was sich in dieser Schlussphase zwischen Bundesumweltminister und Koalitionsfraktionen ereignet hat?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich war in der Schlussphase nicht dabei, habe aber mit dem Minister gesprochen. Es wird keine der in dem Papier, das auf der Homepage von *Frontal 21* steht, zitierten Aussagen geteilt.

(A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Kollegin Steiner, bitte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, in der Antwort auf die Frage der Kollegin Höhn haben Sie die Begründung angesprochen, die immer irgendwo herumgeistert, und darauf hingewiesen, dass eine stärkere internationale Vernetzung und Ausrichtung ermöglicht werden soll und dass die Stellenbesetzung oder der Wunsch nach einer zusätzlichen Stelle unter Umständen damit zusammenhängen könnte. Würden Sie vor dem Hintergrund, dass der Sachverständigenrat eigentlich das Netzwerk der Europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte mit begründet hat – zurzeit ist sogar ein Ratsmitglied Vorsitzende – und der Meinung ist, dass zusätzliche hochdatierte Stellen nicht notwendig sind, sondern dass eher eine Stelle im Brüsseler Sekretariat fehlt, vermuten, dass man bei der Arbeit des Sachverständigenrates ein Defizit unterstellt?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Kollegin Steiner, ich kann nicht beurteilen, welches die Motivation war, eine solche Begründung zu formulieren, die ich aus einem Beschluss des Innenausschusses vom heutigen Tag zitiert habe. Ich kann Ihnen nur sagen: Aus Sicht des Bundesumweltministeriums gibt es keinerlei Defizite beim Sachverständigenrat. Wir hatten heute Morgen eine exzellente Präsentation des Gutachtens zur Nanotechnologie. Ich glaube, da ist deutlich geworden, welche hervorragende Expertise beim Sachverständigenrat vorhanden ist.

(B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Herr Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich interpretiere Ihre letzte Antwort so, dass die besagte Stelle aus Sicht des Bundesumweltministeriums absolut nicht erforderlich ist und nicht eingerichtet werden muss, weil die Arbeit schon hervorragend funktioniert. Aber Sie müssen jetzt das umsetzen, was die Mehrheit des Haushaltsausschusses und heute auch des Innenausschusses beschlossen hat. Meine Frage: Wo in der Hierarchie des Sachverständigenrates soll die Stelle angesiedelt werden? Soll sie oberhalb oder unterhalb des Generalsekretärs angesiedelt werden? Wie genau soll ich mir das zukünftige Organigramm des SRU vorstellen?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Das werden wir zusammen mit dem Umweltbundesamt und dem Sachverständigenrat besprechen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist also noch nicht entschieden?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Frau Bulling-Schröter, bitte.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, ist Ihnen bekannt, dass es in der Vergangenheit teilweise Diskussionen in der Koalition gab, weil man mit Ergebnissen des Sachverständigenrats für Umweltfragen – das gilt auch für den aktuellen Bericht zur Nanotechnik – politisch nicht einverstanden war?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ja.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen zu Frage 21 der Abgeordneten Bärbel Höhn:

Hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für sich und seine obersten Bundesbehörden im Haushaltsaufstellungsverfahren 2012 Stellenbedarf geltend gemacht, dem im Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung nicht entsprochen wurde, und falls ja, welche sind dies genau?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Meine Antwort lautet wie folgt: Im Ergebnis der regierungsinternen Verhandlungen zum Personalhaushalt für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und die drei Behörden unseres Geschäftsbereichs wurden in dem vom Kabinett beschlossenen Regierungsentwurf insgesamt 101 zusätzliche Stellen aufgenommen. Davon sind 52 Stellen nur mit Überhangpersonal des Bundesverteidigungsministeriums besetzbar. 26 Stellen sind durch konkrete Einnahmen refinanziert. 15 Stellen dienen der Umwandlung von bestehenden befristeten Beschäftigungen in Dauerarbeitsverhältnisse und sind insofern ausgabenneutral. Diese Stellen wurden mit dem Bedarf zur Erfüllung der vielfältigen aktuellen Aufgaben des BMU insbesondere in den Bereichen Energiewende, Klimaschutz, Emissionshandel, Naturschutz und Reaktorsicherheit begründet. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts zur Aufstellung des Regierungsentwurfs zum Haushalt sind allerdings – darauf muss ich aufmerksam machen – eine regierungsinterne Angelegenheit.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Höhn, eine Nachfrage.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, in dem Papier, das man von der Homepage von *Frontal 21* herunterladen kann, steht zur Aufgabenstellung der besagten Stelle eines Direktors, dass dieser den Rat nach außen vertreten soll.

Hierdurch soll der SRU auch in seiner Außendarstellung dem unmittelbaren politischen Einfluss von Rot-Grün entwunden und dauerhaft in den (personal-)politischen Einfluss- und Steuerungsreich der Koalitionsfraktionen gebracht werden.

(C)

(D)

Bärbel Höhn

- (A) Nun hat der Bundesumweltminister gesagt: Der SRU ist unabhängig, und es ist auch ein hohes Gut, dass der Sachverständigenrat für Umweltfragen unabhängig ist. – Wie wollen Sie verhindern, dass diese Stelle die Aufgabe genauso erledigt, wie es in diesem anonymen internen Vermerk beschrieben wird?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wir wissen nicht, von wem dieser Vermerk stammt, da er anonym ist; ihm fehlen sowohl der Absender als auch die Unterschrift. Der Bundesumweltminister hat dazu gesagt, was dazu zu sagen ist. Er hat die Unabhängigkeit des Sachverständigenrates gewürdigt.

Wir kommen dem Wunsch des Parlaments nach, indem wir eine öffentliche Ausschreibung in Abstimmung mit Sachverständigenrat und Umweltbundesamt durchführen werden. Eine solche öffentliche Ausschreibung, bei der sich beispielsweise eine Auswahlkommission, die auch mit Mitgliedern des Sachverständigenrats besetzt ist, dem Auswahlverfahren widmet, sichert sicherlich auch weiterhin die Unabhängigkeit des Rates.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie haben eine weitere Nachfrage, Frau Höhn.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Ich habe in der Tat eine weitere Frage. – Frau Staatssekretärin, die Stelle des Generalsekretärs bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, die im Moment Dr. Fritz Brickwedde bekleidet, wird in absehbarer Zeit frei. Können Sie ausschließen, dass sich die Kollegin Birgit Homburger darauf bewerben wird?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Höhn, ich kann darüber keine Aussage treffen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Miersch.

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Frau Staatssekretärin, Sie haben eben auf die Frage der Kollegin Höhn reagiert, die noch einmal den auf der Homepage von *Frontal 21* befindlichen Vermerk zitiert hat. Auch wenn Sie sagen, Sie kennen die Urheberschaft nicht, können wir jetzt feststellen, dass dieser Vermerk zumindest in Bezug auf die Schaffung der Stelle ja recht behalten hat. Gleichzeitig sagen Sie, dass der zuständige Bundesumweltminister den Sachverständigenrat als unabhängiges Gremium anerkennt und diese Stelleneinrichtung eigentlich als überflüssig erachtet.

Ist es jetzt nicht Aufgabe des zuständigen Bundesumweltministers, Schaden von dieser Stelle abzuwenden und gegebenenfalls mit den Koalitionsfraktionen – denn hier geht es nicht um eine Kernfrage im Zusammenhang mit dem Parlament, sondern um eine Einrichtung, die die

- Bundesregierung beraten soll – noch einmal in einen Dialog zu treten? (C)

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich würde die Kirche im Dorf lassen und sagen, dass es für jede Einrichtung ein Gewinn ist, eine zusätzliche Stelle zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht unbedingt!)

Auch für mich ist es ein Novum, erleben zu müssen, dass sich jeder wehrt, eine solche Stelle zu bekommen. Deswegen möchte ich darum bitten, das Ganze sozusagen ein bisschen herunterzuzoomen. Wir garantieren: Wir werden sicherlich mit den Koalitionsfraktionen in einen Dialog treten, und wir werden auch mit Ihnen in einen Dialog treten, um Ihre Befürchtungen auszuräumen. Es wird ein öffentliches Verfahren geben, das sicherstellt, dass der Sachverständigenrat wie bisher unabhängig arbeiten kann.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Wunderlich.

Jörn Wunderlich (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, eine Frage im Zusammenhang mit dem Thema „Unabhängiges Arbeiten“. Gab es den Wunsch eines Koalitionspartners, den Sachverständigenrat aufgrund der Ergebnisse seiner Studien aufzulösen? (D)

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Dieser Wunsch ist an mich nicht herangetragen worden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Ott.

Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, dass die Einrichtung dieser Stelle beim Sachverständigenrat für Umweltfragen nicht nur der Gängelung des Rates dienen, sondern auch – geschaffen in einer Art Panikreaktion Ihres Koalitionspartners FDP – eine Versorgungsstelle als Ersatz für zukünftig frei werdende Posten der FDP ermöglichen soll?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Dr. Ott, ich teile Ihre Auffassung nicht.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Krischer.

(A) **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, Sie haben eben erläutert, dass Sie diese Stelle für nicht erforderlich halten, weil die Arbeit des SRU bereits exzellent sei und damit auch keiner weiteren Stellenverstärkung bedürfe. Meine Frage lautet: Gibt es im Bundesumweltministerium selbst oder in den nachgeordneten Behörden Bereiche, von denen Sie sagen, dass dort zur Erfüllung der Aufgaben eine weitere Stellenverstärkung erforderlich sei? Wenn ja, welche sind das? Können Sie mir also Bereiche nennen, wo aus Ihrer Sicht zur Erfüllung der Aufgaben zusätzlicher Personalbedarf besteht?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich glaube, ich wäre eine schlechte Staatssekretärin, wenn ich sagen würde, es reiche aus, was wir an Stellen zur Verfügung haben. Natürlich können wir zusätzliche Stellen gut gebrauchen, und zwar an vielen Stellen des Hauses und insbesondere auch in nachgeordneten Behörden und in Gremien, die uns beraten. Die Motive der Koalitionsfraktionen, eine zusätzliche Stelle beim Sachverständigenrat einzurichten, sind vorhin ausführlich erläutert und diskutiert worden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Nestle.

(B) **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, Sie haben in der Antwort auf eine vorherige Frage auf die Kommission hingewiesen, die die Unabhängigkeit des Sachverständigenrates gewährleisten und die dafür sorgen soll, dass die Stelle unabhängig besetzt wird. Inwieweit ist es innerhalb der Regierung mit allen relevanten Playern abgesprochen, wie diese Kommission zusammengesetzt wird und ob es die Kommission überhaupt gibt? Können Sie genauer erläutern, wie dort die Stimmenverhältnisse sind bzw. wie das Entscheidungsverfahren innerhalb dieser Kommission ist? Wie wirken sich die Mehrheitsverhältnisse bei unterschiedlichen Meinungen aus?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Kollegin Nestle, ich kann Ihnen das zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Ich habe eben nur skizziert, wie ein mögliches Verfahren aussehen könnte. Die Stellenbesetzung erfolgt erst nach Inkrafttreten des Haushaltes. Das heißt, das gesamte Verfahren wird erst dann anrollen. Ich habe vorhin schon gesagt, dass das kein Stellenwunsch des Bundesumweltministeriums ist, sondern ein Wunsch der Abgeordneten im Haushaltsausschuss und heute im Innenausschuss, die die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben. Wir werden jetzt Möglichkeiten entwickeln, die Stellenausschreibung und Stellenbesetzung so durchzuführen, dass die Unabhängigkeit des Rates gestärkt wird.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen zur Frage 22 der Kollege Dorothea Steiner:

Ist die Einrichtung einer B-4-Stelle auch für den Wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltveränderungen, WBGU, vorgesehen, und, falls nein, sind die Anforderungen an die wissenschaftlich-methodische Qualität von Studien beim WBGU geringer als beim SRU?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Kollegin Steiner, die Einrichtung einer solchen Stelle ist nicht vorgesehen. Die Anforderungen an die wissenschaftlich-methodische Qualität von Studien beim Wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltveränderungen sind nicht geringer als beim Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Steiner, Sie haben eine Nachfrage? – Bitte sehr.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, Ihre Antwort veranlasst mich sofort zu der Frage: Warum wird dann die Fürsorge, die dem Sachverständigenrat für Umweltfragen zuteilwird, angesichts der Anforderungen, die wir an den WBGU haben, nicht auch diesem zuteil?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Kollegin Steiner, diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, da der Wunsch nach einer Stelle beim Sachverständigenrat für Umweltfragen nicht vom Bundesumweltministerium vorgetragen wurde.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Steiner, haben Sie eine zweite Nachfrage? – Das ist nicht der Fall. Dann Herr Ott, bitte.

Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Der Kollege Kauch hat seine Motivation, eine solche Stelle einrichten zu lassen, auch damit begründet, dass es wissenschaftliche und methodische Mängel in den Gutachten des SRU gegeben habe. Sind Ihnen, Ihrem Hause oder der Bundesregierung solche methodischen und wissenschaftlichen Mängel bekannt?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Nein, uns liegen darüber keine Erkenntnisse vor.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Dann kommen wir zur Frage 23 der Kollegin Steiner:

Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Einrichtung einer mit B 4 dotierten Stelle beim SRU angemessen und erforderlich ist?

(C)

(D)

(A) **Ursula Heinen-Esser**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Kollegin Steiner, die Entscheidung über eine Direktorenstelle in der Geschäftsstelle des Sachverständigenrates für Umweltfragen erfolgte im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Haushalts 2012, wie ich vorhin schon ausgeführt habe. Zur Begründung seitens der Befürworter aus dem parlamentarischen Raum verweist die Bundesregierung auf die Begründung zum Änderungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften. Darin heißt es, wenn ich es hier noch einmal ganz korrekt zitieren darf:

Um die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung auszubauen sowie zur Stärkung der beratenden Funktion des Sachverständigenrates gegenüber dem Deutschen Bundestag und seinen Gremien wird das Amt eines Direktors beim Sachverständigenrat für Umweltfragen geschaffen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie haben eine Nachfrage? – Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Frau Staatssekretärin, wir haben Ihrer Antwort vorhin entnommen, dass Sie eigentlich gar keine Defizite bei der Arbeit des Sachverständigenrates in Bezug auf die angesprochene Richtung sehen. Sie haben sich auch gewundert, dass man plötzlich – wenn es schon einmal eine neue Stelle gibt – so vehement über ihre Notwendigkeit diskutiert.

Zusätzlich ist nach der hohen Dotierung bestimmter Stellen beim Sachverständigenrat zu fragen. Beim SRU sind 24 Personen tätig. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen: Ebenfalls nach B 4 bezahlt wird der Präsident der Bundespolizeiakademie, der für 2 882 Mitarbeiter verantwortlich ist, oder der Leitende Direktor des Marinearsenals, der für 1 828 Mitarbeiter Verantwortung trägt. Ist es angesichts dessen gerechtfertigt, beim SRU eine B-4-Stelle mit einer so vage definierten Aufgabenbeschreibung einzurichten?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Kollegin Steiner, Referatsleiter erhalten bei uns im Hause und auch in den anderen Bundesministerien unter Umständen eine Besoldung nach B 3, und das, obwohl sie für erheblich weniger Mitarbeiter Verantwortung tragen als der Inhaber der B-4-Stelle im Sachverständigenrat. Ich gebe diese Frage an die Parlamentarier weiter und bitte darum, im Ausschuss zu klären, warum es sich um eine B-4-Stelle handelt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Steiner, eine zweite Nachfrage.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Da wir uns hier über die Höhe der Besoldung unterhalten: Können Sie ausschließen, dass die vorgesehene Höhe der Besoldung auch etwas damit zu tun hat, dass es in Teilen der Koalitionsfraktionen tatsächlich Bestrebungen gibt, ihren personalpolitischen Einfluss und ihren Steuerungsbereich insgesamt zu vergrößern? Schließlich handelt es sich um eine hinreichend schwierige Aufgabe.

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Das Bundesumweltministerium sieht seine Aufgabe darin, die Unabhängigkeit des Sachverständigenrates zu wahren.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Miersch, bitte.

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Frau Staatssekretärin, ich möchte gerne genau daran anschließen: die Unabhängigkeit zu wahren. Sie waren heute im Ausschuss anwesend und haben erlebt, dass der FDP-Kollege Knopek den Vertreter des Sachverständigenrates für Umweltfragen massiv angegangen ist, dessen wissenschaftliche Arbeit bezweifelt und eine politische Bewertung in den Raum gestellt hat. Der Kollege Ott hat Ihnen vorhin die Aussage des Kollegen Kauch, ebenfalls FDP, vorgehalten.

(D) Wenn Sie diese Hinweise einschließlich des Inhalts des Vermerks, den wir eben angesprochen haben, zusammen betrachten, sehen Sie dann nicht die Notwendigkeit, auch vonseiten des Bundesumweltministeriums hier noch einmal sehr deutlich Position zu beziehen, um den Sachverständigenrat vor derartigen Angriffen der FDP-Bundestagsfraktion in Schutz zu nehmen und seine Integrität zu wahren?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sie können sich sicherlich an mein Schlussstatement heute im Ausschuss erinnern. Darin habe ich insbesondere das heute vorgelegte Gutachten noch einmal besonders gewürdigt.

Ich habe vorhin ausgeführt, dass es für uns keinerlei Zweifel an der wissenschaftlichen Arbeit des Sachverständigenrates gibt. Das Bundesumweltministerium teilt die in diesem Vermerk gemachten Aussagen definitiv nicht; das habe ich schon mehrfach gesagt. Wir laden Sie herzlich dazu ein, den Prozess der Ausschreibung dieser Stelle parlamentarisch entsprechend zu begleiten; schließlich wurde diese Stelle auf Initiative des Parlamentes geschaffen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Schwabe, bitte.

(A) **Frank Schwabe** (SPD):

Frau Staatssekretärin, können Sie ausschließen, dass es innerhalb der schwarz-gelben Koalition Überlegungen gegeben hat, den Sachverständigenrat für Umweltfragen abzuschaffen, und dass man sich als mögliche Alternative darauf verständigt hat, durch die Schaffung einer solchen Stelle eine Art Gängelung dieses Gremiums vorzunehmen?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Mir persönlich ist das nicht bekannt; das muss ich sagen, Kollege Schwabe. Das Bundesumweltministerium und der Bundesumweltminister stehen für die Unabhängigkeit der Arbeit dieses Sachverständigenrates, den wir, wie wir gerade am heutigen Tag am Beispiel Nanotechnologie gesehen haben, für unsere Regierungsarbeit dringend benötigen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Höhn.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, wer ist für die wissenschaftliche Qualität der SRU-Gutachten verantwortlich? Sind das die Mitglieder des Rates, oder ist das die Geschäftsstelle?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

(B)

Es sind natürlich in erster Linie die Mitglieder des Sachverständigenrates. Sie werden seitens der Geschäftsstelle durch wissenschaftliche Mitarbeiter unterstützt. Es gibt auch Verwaltungsmitarbeiter in der Geschäftsstelle. Die Mitglieder des Sachverständigenrates haben Mitarbeiter, die halbtags beschäftigt sind. Der Vorsitzende hat einen wissenschaftlichen Mitarbeiter, der ganztags für ihn arbeitet. Aber die Verantwortung tragen selbstverständlich in allererster Linie die Mitglieder des Sachverständigenrates selbst.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin Nestle.

Ingrid Nestle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, Sie betonen sehr, wie wichtig es dem Bundesumweltminister und dem Bundesumweltministerium ist, die Unabhängigkeit des Sachverständigenrates zu wahren. Inwiefern haben Sie dafür die Rückendeckung der anderen Mitglieder der Regierung? Da es ein so wichtiger Themenbereich ist, haben Sie da sicherlich schon eine gemeinsame Absprache getroffen.

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Es bedarf insofern keiner Absprache, als der Sachverständigenrat organisatorisch uns zugeordnet ist und explizit unsere Beratungen unabhängig begleitet.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Ott.

(C)

Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin, vielleicht abschließend: Ist Ihnen die Bemerkung des Kollegen Kauch im Umweltausschuss am 5. Mai 2010 bekannt? Laut Protokoll hat er da bei Vorstellung des Gutachtens des SRU gesagt, dass der Atomausstieg nicht unbedingt notwendig sei und dass der SRU sich fragen lassen müsse,

ob seine Neutralität gewahrt sei oder ob er versuche, eine Kampagne für bestimmte politische Zielrichtungen zu machen.

Sind Sie mit mir der Ansicht, dass auch bei abweichenden Gutachten des Sachverständigenrates nicht unbedingt eine politische Zielrichtung angenommen werden muss, da der Sachverständigenrat ja vielmehr eine vernünftige, sachliche und empirisch begründete Arbeit machen soll?

Ursula Heinen-Esser, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich teile ganz klar Ihre zuletzt geäußerte Auffassung, dass der Sachverständigenrat unabhängig arbeiten können muss. Ich kann mich an die von Ihnen wiedergegebene Äußerung selbst nicht erinnern.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Ott, trotz Ihres Hinweises, dass es sich bei Ihrer Nachfrage um die abschließende Frage handele, erlaubt sich das Präsidium, darüber selbst zu entscheiden, und gibt Frau Kofler die Möglichkeit zur letzten Nachfrage.

(D)

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Frau Staatssekretärin, ich habe noch einmal eine Frage hinsichtlich der Begründung für die B-4-Stelle, die Sie am Anfang gebracht haben. Da haben Sie auf Belange der internationalen Vernetzung hingewiesen. Ich gehe davon aus, dass Sie das Schreiben des Vorsitzenden des Sachverständigenrates, Herrn Professor Faulstich, an den Innenausschuss kennen. Er sieht als „limitierende Faktoren“ für internationale Betätigung eben „nicht eine hochdotierte Leitungsstelle beim SRU, sondern im Wesentlichen eine angemessene Sekretariatsunterstützung“ für die Arbeiten auf europäischer Ebene. Wenn das so ist, stellt sich für mich die Frage, ob es nicht erstens wirtschaftlicher und zweitens im Interesse der Fachlichkeit besser wäre, dort anzusetzen, statt eine B-4-Stelle zu schaffen, wie hier angedacht.

Professor Faulstich schreibt weiter:

Auch in der SRU-Geschäftsstelle wäre die Einrichtung eines Referenten für europäische Angelegenheiten zielführender als die Schaffung einer Direktorenstelle ohne administrativen Unterbau.

Mich würde Ihre Stellungnahme zu diesen Ausführungen interessieren.